



Sozialdemokratische Partei
Pratteln-Augst-Giebenach

**Abstimmung
vom 8. März 2026**

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG

NEIN Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)»

Die Initiative ist unnötig. Die Bargeldversorgung wird durch die Nationalbank gewährleistet.

JA zum **Gegenvorschlag** Bei der **Stichfrage** sagen wir sagen **JA** zum **Gegenvorschlag**

NEIN Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Unabhängige Medien sind wichtig.

Die SRG liefert tagtäglich unabhängige und qualitativ hochwertige Berichterstattung. Die geforderten massiven Kürzungen würden diesen Standard verunmöglichen. Das Ergebnis: Mehr Macht für Musk, Zuckerberg und Co., die mit ihren Plattformen gezielt Fake News und rechte Ideologien verbreiten. Unabhängige und qualitativ hochwertige Medien sind die Basis für verlässliche Informationen. Werden diese geschwächt wird Milliardären und rechten Kreisen Tür und Tor für die Kontrolle über die Berichterstattung geöffnet. Wir wollen keine Schweiz, in der Blocher & Co entscheiden, worüber berichtet wird oder nicht.

JA Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Die Initiative stärkt den Klimaschutz und die einheimische Energieproduktion durch zusätzliche öffentliche Investitionen. Ziel ist es, die Klimaerwärmung im Einklang mit internationalen Abkommen zu bekämpfen und eine intakte Umwelt als Lebensgrundlage für kommende Generationen zu sichern.

JA Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung

Das heutige Steuersystem setzt für verheiratete Paare Anreize, dass insbesondere der Ehepartner mit dem geringeren Einkommen – meist Frauen – nicht oder nur in reduziertem Umfang erwerbstätig ist. So werden einerseits veraltete Rollenbilder zementiert und andererseits finanzielle Abhängigkeiten verstärkt. Die Folgen zeigen sich vor allem im Alter: Frauen erhalten im Schnitt 20'000 Franken weniger Rente pro Jahr – auch, weil sie häufiger Teilzeit arbeiten. Darum: **Ja** zu mehr Unabhängigkeit und weniger Altersarmut für Frauen. Obwohl der Bund bei einer Annahme mit finanziellem Verlust rechnen muss, unterstützt die SP diese Vorlage. Die Abschaffung der „Heiratsstrafe“ wird vom Bundesgericht schon seit 40 Jahren gefordert.



Sozialdemokratische Partei
Pratteln-Augst-Giebenach

**Abstimmung
vom 8. März 2026**

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

NEIN Formulierte Gesetzesinitiative «Tempo 30 auf Hauptstrassen - nur mit Zustimmung des Volkes

Unklare Formulierung betreffend Hauptstrassen und Kantonsstrassen.

Mögliche Widersprüche bei Entscheiden von Gemeindeversammlungen und Entscheiden des Regierungsrates.

NEIN zum **Gegenvorschlag**

Bei der **Stichfrage** sagen wir sagen **JA** zur **Initiative**

NEIN Formulierte Gesetzesinitiative «Vollumfänglicher Steuerabzug der selbstgetragenen Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung («Prämienabzug für alle»)

Es profitieren vorwiegend Finanzstarke Prämienzahler, weil sich diese eine hohe Franchise leisten können.

NEIN zum **Gegenvorschlag**

Bei der **Stichfrage** sagen wir sagen **JA** zum **Gegenvorschlag**

JA Formulierte Gesetzesinitiative «Potential nutzen – Versorgung sichern: Für eine vorausschauende Energiepolitik im Baselbiet (Solar-Initiative)»

Als Initiantin sagt die SP klar JA zu dieser Gesetzesinitiative. Wir müssen für die Energieversorgung vom Ausland unabhängig werden.

NEIN Formulierte Verfassungsinitiative «Transparenz- und Mitwirkungsinitiative»

Bereits heute werden Rechtsnormen auf ihre Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht überprüft. Bei einer Annahme dieser Gesetzesinitiative wird die Gewaltentrennung ausgehebelt. Eine Annahme führt zu einem erschwerten Gesetzgebungsverfahren und fördert die Rechtsunsicherheit.

JA Verfassungsänderung Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft schont die Ressourcen, schützt die Umwelt, reduziert die Abfallmenge, vermindert Emissionen, schafft Arbeitsplätze, erhöht die lokale Wertschöpfung und verringert die Importabhängigkeit und damit die wirtschaftlichen und politischen Risiken. Aus Umweltüberlegungen ist eine Kreislaufwirtschaft eine längst überfällige Verfassungsanpassung.